

---

FDP Hanau

## **HANAUER FDP FRAKTION STELLT PRÜFANTRAG ZUR EINRICHTUNG EINER TRAUMAAMBULANZ AM KLINIKUM HANAU**

10.04.2018

---

### **Opfern und Betroffenen von Straftaten muss schneller geholfen werden**

Die Fraktion der Hanauer FDP hat für die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Prüfung zur Einrichtung einer Traumaambulanz am Klinikum Hanau gestellt. Angeregt wurde dieser durch das Vorstandsmitglied Robert Stauch. Der pensionierte Polizeibeamte, der ehrenamtlich für eine bundesweit vertretene Opferschutz-Organisation die Außenstelle Main-Kinzig-Kreis leitet, weiß, dass Opfer und Betroffene von Strafdelikten nach einer Tat oft mit massiven psychischen Belastungen zu kämpfen haben. Die hier notwendige früh einsetzende Therapie zur Reduzierung dieser traumatischen Belastungen kann aber nur in den seltensten Fällen erfolgen.

Angelika Opfermann, Stadtverordnete der FDP Hanau und Fraktionssprecherin für den Fachbereich Soziales, erklärt: „Die Hindernisse für die Behandlung von Traumapatienten sind vielfältig. So sind die Wartezeiten bei niedergelassenen Therapeuten mit entsprechender Spezialisierung sehr lang, was eine zeit- und wohnortnahe Behandlung erschwert.“

Um traumatisierten Opfern und Betroffenen von Straftaten wie schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch (auch von Kindern) oder Tötungsdelikten eine zusätzliche Anlaufstelle zu bieten, wurde in Hessen im Jahre 2015 das sogenannte OEG (Opferentschädigungsgesetz)-Trauma-Netzwerk mit 13 Einrichtungen für Erwachsene und fünf Kliniken für Kinder und Jugendliche geschaffen.

In Hanau und dem gesamten Main-Kinzig-Kreis gibt es bislang allerdings keine dieser

Einrichtungen. Die nächstgelegenen Zentren in der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, in Darmstadt, Gießen oder Fulda sind so überlastet, dass es auch hier häufig zu längeren Wartezeiten kommt und Opfer und Betroffene zusätzlich entsprechend lange Wege auf sich nehmen müssen.

Die frauenpolitisch engagierte FDP-Stadtverordnete Marion Oberesch ergänzt: „Diese Wartezeiten bedeuten zum Beispiel für Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden sind, tiefste Verzweiflung.“ „Für Kinder, die Gewalt erfahren haben, beginnt ohne schnelle therapeutische Hilfe eine ganz bittere Zeit“, vervollständigt der Fraktionsvorsitzende der Liberalen Holger B. Vogt. Inwieweit dies zukünftig durch die Einrichtung einer Traumaambulanz am Klinikum Hanau zur zeit- und wohnortnahen Behandlung geändert werden kann, soll durch den Antrag der FDP Fraktion geprüft werden.

„Nachdem wir mit der Kameraüberwachung, der Installation der Stadtwache und der Planung eines Haus des Jugendrechts in Hanau zielführende Projekte auf den Weg gebracht haben, die präventiv wirken und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger nachhaltig verbessern, dürfen wir nicht die fachgerechte Betreuung derer vergessen, die bereits Opfer einer Straftat geworden sind“, erklärt Henrik Statz, Parteivorsitzender der Hanauer FDP. „Aktuell haben die Betroffenen oft das Gefühl, nach der Straftat ein zweites Mal Opfer zu werden. Dies darf nicht sein.“